Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 1

Artikel: Die "Rote Revue" (II) : 1930-1940
Autor: Schnyder, Moia
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338492

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Moia Schnyder

Die «Rote Revue» (II) 1930–1940

England

1936 erreichte die Antipathie gegen England wohl einen ersten Höhepunkt.

Im April 1931 schon hatte zwar *Ernst Reinhard*[33] das Spiel, das die russische KP mit Henderson trieb, unvorsichtig genannt. Er, Ernst Reinhard, hatte ihr, der russischen KP, vorgeworfen, die Labourregierung zu untergraben, obwohl sie wusste, welche Gefahr eine «faschistische englische Regierung, vielleicht unter Churchill»[34] bedeute.

Ähnliche Angriffe unterblieben in der Folgezeit. Mit dem Abessinienkrieg und den unzureichenden Massnahmen des Völkerbundes und Englands war neuer Stoff gegeben.

Hans Gertsch[35] warf den englischen und französischen Politikern ihre völlige Aktionsunfähigkeit vor; ob sie nicht erkannten, dass Italien, falls es in Abessinien siege, die erste Macht im Mittelmeerraum würde, England seine Stellung in Indien, im Vorderen Orient bis auf weite Sicht verliere? Dass, falls das Dritte Reich die osteuropäischen Kleinstaaten besiege, seine Herrschaft über das europäische Festland sicher sei? Der englischen Aussenpolitik warf er vor, ein schlechtes Gewissen zu haben, wieder gut machen zu wollen, was an der Republik gesündigt worden war; sie gebe sich der Illusion hin, der Völkerbund gewähre eine kollektive Sicherheit; hinter all ihren Handlungen verberge sich die Angst vor dem Krieg.

Im August 1936 rehabilitierte *P. W.*[36] die Engländer. Sie hätten vernünftig gehandelt, als sie die Sanktionen gegen Italien nicht verschärften. Nur so habe der Krieg vermieden, wenigstens aufgeschoben werden können. Auch Churchill, der «heute zu den weltpolitisch einsichtigsten Konservativen gehört»[37], wurde somit etwas respektvoller behandelt. Ganz ohne Tadel ging es aber auch diesmal nicht. England sollte einsehen, dass es sich schon in seinem eigenen Interesse mit Frankreich und Russland gegen Deutschland verbünden sollte.

Ein neuer Vorwurf an die Adresse Englands und Frankreichs kam im November 1937 von *Otto Lang*[38]; dieser richtete sich gegen das ewige Zögern. Gewiss hätten beide angesichts der tödlichen Gefahr des Faschismus nun endlich zu rüsten begonnen; im Vordergrund stehe aber immer noch die Nichtinterventionspolitik; sie sollten doch endlich einsehen, dass

[33] April 1931, S. 249
[34] Ernst Reinhard, April 1931, S. 255
[35] Mai 1936, S. 305
[36] P. W., August 1936, S. 421
[37] P. W., August 1936, S. 421
[38] Oskar Lehmann, November 1937, S. 86

jeder Rückzug ihrerseits eine Stärkung der faschistischen Achse bedeute. Er schlug England vor, die USA, Russland und die kleine Entente für sich zu gewinnen, nur in dieser Formation könne die faschistische Gefahr abgewehrt werden.

Ein Jahr später, Oktober 1938, schien noch keine Besserung eingetreten zu sein, denn *Hermann Paul*[39] warf England erneut seine Zögerungspolitik vor. Als deren Folge nannte er die Besetzung Polens und die Preisgabe der Tschechoslowakei.

In der Januarnummer 1939 fand ich in der Rubrik «Dokumente unserer Zeit» unter dem Titel «Zur Naturgeschichte des Engländers» diesen Auszug aus *G. B. Shaw «Man of Destiny»:*

Napoleon: Es gibt dreierlei Menschen auf Erden, die Kleinen, die Mittleren, die Grossen . . . Die Mittelklasse aber ist gefährlich. Sie besitzt beides: Wissen und Wollen. Aber auch sie hat ihre schwache Seite: das Gewissen. Sie ist voller Skrupel, an Händen und Füssen durch Moral und Ehrenhaftigkeit gefesselt.

Dame: Dann werden Sie die Engländer besiegen, denn alle Engländer gehören zur Mittelklasse.

Napoleon: Nein, denn die Engländer sind eine Rasse für sich. Nichts ist so schlecht und nichts ist so gut, dass Sie es einen Engländer nicht werden vollbringen sehen, aber sie werden einem Engländer niemals beweisen können, dass er im Unrecht ist . . . Denn er tut alles aus Grundsatz.[40]

War die Sozialdemokratie bereit, sich mit England zu versöhnen, die Westmächte doch als gleichwertige Antifaschisten anzuerkennen?

Ein guter Grund dazu wären die Verhandlungen Englands mit Russland vom April 1939 gewesen. England zeigte sich endlich, aber leider zu spät, vernünftig.

III. Die Landesverteidigung

Eine recht bewegte Stellung nahm die SPS gegenüber dem Abrüstungs- und Landesverteidigungsproblem ein. Im letzten Jahrhundert noch war die Arbeiterbewegung alles andere als pazifistisch. Auf dem Parteitag von 1917 wurde der Antimilitarismus erstmals postuliert; die SPS nahm dieses Postulat 1924 in ihr Programm auf. Seither bekämpfte ihre Nationalratsfraktion jeden Militärkredit.

Bis 1935 verhielt sich die SPS im allgemeinen ablehnend gegen jede Art von Waffengewalt. In schrittweiser Anerkennung rang sie sich bis zum Parteitag von Luzern, im Juni 1936, zur Landesverteidigung durch, ja, sogar Wehrkredite wurden gewährt. Bei Kriegsanfang sprach sie den Bürgerlichen ihren Dank für alle militärischen Kriegsvorbereitungen aus.

1930 war die Landesverteidigungsfrage noch nicht aktuell, um so mehr erhitzte die Abrüstungsfrage die Gemüter.

[39] Dokumente unserer Zeit, Januar 1938, S. 189

[40] Hermann Paul, Oktober 1939, S. 44

Konrad Treu[41] war der Ansicht, dass sich das politische Problem der Abrüstung mit den Friedensverträgen von Versailles aufzwinge.

«Der Gegensatz zwischen den zwangsweise abgerüsteten Staaten Mitteleuropas und den aufgerüsteten Staaten West- und Südeuropas muss gelöst werden.[42]»

Er sah zwei Wege, die aus diesem Missstand zur Gleichberechtigung führen konnten:

«Die Gleichberechtigung aller Staaten Europas kann erzielt werden durch die Angleichung aller Rüstungen auf das Niveau Frankreichs und Italiens, sie kann aber auch erlangt werden durch Abrüstung der Siegerstaaten.[43]»

Natürlich kam als vernünftige Lösung nur der zweite Vorschlag in Frage, nur er lag im Interesse des Weltfriedens und der Sozialdemokratie.

«Dass die sozialistische, die antimilitaristische Lösung verwirklicht werde, dazu kann und muss daher auch die schweizerische Sozialdemokratie ihr Teil beitragen.[44]»

Als erste Etappe auf diesem Weg stellte sich *Konrad Treu*[41] für die Schweiz vorläufig die Einschränkung der allgemeinen Wehrpflicht vor, wobei sich aber die Einschränkung des Jahreskontingentes nicht noch mehr zugunsten der antiproletarischen Auslese auswirken durfte; denn damit würde die Gefahr der Armee als willenloses Instrument in der Hand der Bourgeoisie zu gross. *Fritz Baumann*[45] war zu keinen Konzessionen bereit. Er forderte die totale Abrüstung. Natürlich hatte das Volk zu entscheiden. Er setze sich deshalb für eine Abrüstungsinitiative ein. Drei Jahre blieb es still um die Abrüstungsfrage.

Neuen Staub wirbelte die Neujahrsrede 1934 *Litwinows*[46] auf. Frei von jeder kommunistischen Agitation legte er die Lage klar dar. Er zeigte, dass, nachdem die Abrüstungskonferenz gescheitert sei, eine neue Abrüstungswelle beginne. Er kam dann auf die Kriegswahrscheinlichkeit Deutschland-Russland und die Kriegsmöglichkeit Japan-Russland zu sprechen und zeigte deutlich die Stellung Russlands zur Wehrfrage:

«Sowjetrussland besitzt die Möglichkeit, seinen Boden und sogar die Anmarschgebiete mit seinen mächtig anwachsenden Streitkräften zu schützen.[47]»

Nach der Stellungnahme zu dieser Rede geht *Ernst Reinhard*[48] zur Situation in der Schweiz über. Hier waren die alten Kämpfe innerhalb der

[41] September 1930, S. 23
[42] Konrad Treu, September 1930, S. 29
[43] Konrad Treu, September 1930, S. 29
[44] Konrad Treu, September 1930, S. 29
[45] September 1930, S. 29
[46] Ernst Reinhard, Januar 1934, S. 129
[47] Ernst Reinhard, Januar 1934, S. 129
[48] Ernst Reinhard, Januar 1934, S. 129

Partei wieder aufgenommen worden. Die Entscheidung von 1917 war nicht ohne Meinungsverschiedenheiten getroffen worden und konnte deshalb nur ein Kompromiss sein. Abermals standen sich jetzt Pazifisten und Landesverteidiger gegenüber. *Die Landesverteidiger waren der Ansicht, selbst eine kapitalistische Schweiz sei verteidigungswürdig.* Die Pazifisten, welche in ihrer Mehrheit nicht grundsätzlich antimilitaristisch waren, wären bereit gewesen, ein sozialdemokratisches Land selbst mit Waffengewalt zu verteidigen. *Für die heutige stockreaktionäre Schweiz aber, welche die Arbeiter als Feinde behandle, lohne es sich nicht.* Die Schweiz müsse sich entscheiden. Entweder werde sie sozialistisch, dann erst stelle sich die Frage, dieses Vaterland der Arbeiter mit Waffengewalt gegen den Faschismus zu verteidigen, oder sie bleibe reaktionär, wende sich sogar dem Faschismus zu, dann komme sie dem Ausland gleich, somit wäre eine Verteidigung unmöglich, unnötig.

Ludwig Frank[49] war der Ansicht, dass die Fragestellung für oder gegen Landesverteidigung 1934 noch verfrüht sei. Denn Hitler werde nicht morgen einmarschieren. Unsere Sorge müsse deshalb nicht die militärische Abwehr dieses Angriffes, sondern vielmehr dessen Verhinderung, die Verhinderung des Krieges sein. Anderseits stehe es noch nirgends geschrieben, dass eine Landesverteidigung gegen den Faschismus gerichtet sei. Den Bundesräten Musy, Minger und anderen warf er vor, sie verkündeten die Vernichtung des Marxismus in der Schweiz und sympathisierten mit Hitler. Er erinnerte an den Aufstand in Genf vom November 1932, wo Polizei und Armee den «Faschisten» zu Hilfe geeilt seien; und an den Fall Pointet; um zum Schluss zu kommen, dass sich die Sozialdemokratie niemals zu einer solchen Armee bekennen werde.

Auch *Hans Oprecht*[50] vertrat die Ansicht, dass sich die Arbeiter zur Verteidigung der Schweiz bereit finden würden, *wenn diese Schweiz ihnen ein Vaterland wäre,* das heisst, wenn sie an der Macht oder wenigstens an ihr beteiligt wären.

In der gleichen Nummer der RR[51] waren die «Thesen zur Wehrfrage» abgedruckt.

Hier postulierte die SPS grundsätzlichen Antimilitarismus:

«Die SPS macht es ihren Vertretern und all ihren Mitgliedern zur Pflicht, nach wie vor für eine Politik der internationalen Verständigung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker einzutreten und durch eine energische, auf die Eroberung der politischen Macht gerichtete Tätigkeit die Vorbedingungen für die Aufrechterhaltung des Völkerfriedens zu schaffen und zu verstärken.[52]»

[49] Januar 1934, S. 143
[50] Januar 1934, S. 147
[51] Thesen zur Wehrfrage, Januar 1934, S. 150
[52] Thesen zur Wehrfrage, Januar 1934, S. 150

Weiter forderte die SPS ihre Mitglieder zum Kampf gegen den militaristischen Nationalismus auf. Das Proletariat hasse und verabscheue Menschenmord und Krieg, und deshalb werde es nur gezwungenermassen zu den Waffen greifen. Aber leider seien Wunsch und Wirklichkeit nicht eins. Diese Welt sei eine Welt der Gewalt, in welcher die Gewaltlosen, welche den Gewalttätigen alle Gewalt gaben, untergehen müssen.

Arthur Schmid[53] verglich die Gewalt mit dem Wasser, das lebensnotwendig ist; tritt es aber in zu grossen Mengen auf, in Überschwemmungen, dann wirkt es vernichtend, wie die Gewalt in der Hand der Unterdrücker.

Anderseits könne die Gewalt die Geburtshelferin einer neuen kulturellen Epoche sein. Die Frage, ob der Zweck die Mittel heilige, wurde in diesem Falle nicht gestellt.

Weiter meinte *Arthur Schmid,* wenn die Sozialdemokratie 1917 alle militärische Gewalt, auch den Verteidigungskrieg, ablehnte, so nur, weil jede Regierung ihren Krieg als Verteidigungskrieg tarne. Jetzt aber, bei veränderter Lage, tue Landesverteidigung not, denn jetzt sei es wirklich Verteidigung. Für einen Kleinstaat wie die Schweiz werde sie immer ein Problem sein. Allein komme die Schweiz auch jetzt nicht gegen den Faschismus an. Es wäre deshalb das beste, wenn sich alle Sozialisten nichtfaschistischer Staaten zusammenschlössen gegen den Faschismus. Je stärker ihr Wille sei, um so fragwürdiger werde der Angriff; hoffte er.

Die Sozialdemokratien aller Staaten befassten sich zu dieser Zeit mit dem Militärproblem, nicht, dass sich ihre Stellung gegenüber dem Krieg geändert hätte, die Situation hatte sich jedoch verändert; der Krieg war unausweichlich geworden.

Solange aber die Partei nicht offiziell neue Weisungen gegeben hatte, galten immer noch die Regeln von 1917. Die SPS lehnt deshalb immer noch jede Zusammenarbeit mit der «bürgerlich-faschistischen» Armee ab. *Friedrich Schneider*[54] war der Meinung, dass, wenn die SPS in ihr und im Staat etwas mitzureden hätte, sie die Armee anerkennen würde. Hätte sie, die SPS, sich ohne Einschränkungen für die Landesverteidigung eingesetzt, so bedeutete das, dass sie sich der Bourgeoisie anvertrauen, diese anerkennen würde.

Endlich im Juni 1936 wurde die Wehrfrage offiziell auf dem Parteitag erörtert und das Postulat von 1917 aufgehoben, die Wendung *zur* Landesverteidigung bekanntgegeben. *Ernst Nobs*[55] sah die Kräfte, welche das Unmögliche vollbracht hatten, in der Furcht vor dem Krieg, der Bedrohung der Neutralität, einer eventuellen Aufteilung der Schweiz und dem damit verbundenen Ende der staatlichen Selbständigkeit der Schweiz.

Über alle Klassen- und anderen Gegensätze hinweg hatten diese Kräfte eine geschlossene, einheitliche Abwehr geschaffen. *Die hohen Wehrkredite*

[53] November 1934, S. 81
[54] Januar 1935, S. 164
[55] Juni 1936, S. 337

wurden gewährt, denn alle hatten erkannt, dass die Schweiz nur gerüstet ihre Neutralität würde wahren können.

Doch bereits 1937 wurde die «Militärfreundlichkeit» durch die Spanienfahrerprozesse gestört. Durch viel zu strenge, ungerechte, laut *Kurt Düby*[56], hauptsächlich gegen Sozialisten gerichtete Urteile, schaffte sich die Militärjustiz vielerorts Feinde. Zum Kapitel Landesverteidigung gehörte natürlich auch die geistige Landesverteidigung. Zuerst griff *Jakob Bührer*[57] diese Frage auf. Sie sollte den Wehrwillen der Truppen und des Volkes stärken. Sie sollte die Einheit und Einigkeit der Schweiz festigen. Besser als Worte aber waren Taten. Viele wären froh gewesen über eine Arbeitsmöglichkeit. Arbeitsbeschaffung war deshalb ein Teil geistiger Landesverteidigung, welcher wesentliches beitragen konnte zur Hebung der Moral.

Wie *Arthur Schmid*[58] feststellte, war der moderne Krieg ein Krieg mit allen Mitteln, auch auf geistiger Ebene. Untergrabung, Zermürbung, Aufweichung waren die wirksamsten Taktiken. Da war es wichtig, den Glauben an sich selbst nicht zu verlieren. Das war eine wichtige Aufgabe der geistigen Landesverteidigung. In der geistigen Landesverteidigung durfte es, wie in der militärischen, keine Kompromisse geben. Es konnte deshalb auch im neutralen Staat keine Gesinnungsneutralität in Frage kommen. Auf diesem Gebiet fand die Presse eine dankbare, wichtige Aufgabe.

Mit der Lösung des militärischen Landesverteidigungsproblems hatte sich die SPS zur Landesverteidigung in jeder Form bekannt.

[56] Juli 1937, S. 345
[57] September 1938, S. 1
[58] Dezember 1939, S. 129